

NEIN

zum unakzeptablen, neuen Betäubungsmittelgesetz

- zur Legalisierung des Konsums von Drogenhanf und der Vorbereitungshandlungen
- zum Anbau und Handel mit Drogenhanf
- zur Streichung des Abstinenzzieles und der Aufnahmekriterien bei der Heroinabgabe
- zur Aufnahme des Rauschgiftes „Heroin“ in die Heilmittelliste
- zur Belastung der Krankenkassen durch die Heroinabgabe
- zur Übertragung der Kosten von Drogenabhängigen an die Invalidenversicherung

→ Nationalrätinnen und Nationalräte, nehmen Sie die grosse Sorge der Eltern, Lehrpersonen und Lehrmeister um die Zukunft unserer Kinder ernst, und stimmen Sie „**NEIN**“.

→ Nationalrätinnen und Nationalräte, nehmen Sie Ihre Verantwortung unserer Jugend gegenüber wahr, und stimmen Sie „**NEIN**“!

→ Nationalrätinnen und Nationalräte, verspielen Sie nicht das Vertrauen der Schweizer Bevölkerung, und erinnern Sie sich an die drogenpolitische Abstimmung von 1998, als 78% der Bevölkerung zur „Droleg“-Initiative (mit ähnlichen Forderungen wie die Revisionsvorschläge) „**NEIN**“ stimmte.

Die sozial-/gesundheitspolitischen und wirtschaftlichen Folgen wären für unser Land verheerend.

Die Annahme des neuen Betäubungsmittelgesetzes wäre „**ein grosser, historischer Fehler**“ (UNO-Drogenkontrollrat in Wien) und würde die Schweiz drogenpolitisch isolieren.

Durch die vorgesehene, teilweise Freigabe des Drogenanbaues und -konsums und zur Einhaltung der Alterslimiten müssten massive Kontrollen eingeführt werden.

Zwangsläufig würde dies zu einem **aggressiven Schwarzmarkt** für Kinder und jüngere Jugendliche, zu **Drogenschmuggel** und **Drogenkriminalität** führen. Zum Schutze der Bevölkerung müssten die Polizeikontrollen ausgebaut werden.

Das in unserem Rechtsstaat untaugliche **Opportunitätsprinzip** - das auf alle Drogen angewandt werden könnte - würde es den Strafverfolgungsbehörden (Polizei, Untersuchungsrichter, Staatsanwalt, Gerichte) unter Beachtung des Verhältnismässigkeitsgrundsatzes ermöglichen, auf eine Strafverfolgung zu verzichten. Dies würde eine effiziente Arbeit der Polizei und Justiz verunmöglichen. Willkür wäre an der Tagesordnung.

Die Präventionsarbeit der Eltern und Lehrpersonen würde durch die Aufhebung des Verbotes im neuen BtemG untergraben.

Achtung! Die Auswirkungen des Drogenhanfes sind:

- Wahrnehmungs-, Konzentrations- und Gedächtnisstörungen
- Antriebsschwäche und Interesselosigkeit
- Schädigung der Atemwege, Schwächung des Immunsystems
- Psychosen und Schizophrenie

Achtung! Die Auswirkungen des Rauschgiftes „Heroin“ sind:

- Appetitlosigkeit und Gewichtsabnahme, chronische Verstopfung
- Lungenschäden, Nachtblindheit, Schwächung des Immunsystems
- Verlust des Verantwortungsgefühls
- Abbau der natürlichen Hemmschwellen, was häufig zu kriminellen Handlungen führt.

Deshalb lehnen wir das neue Betäubungsmittelgesetz ab!!!

Drogensüchtige Menschen brauchen einen Druck von aussen, eine abstinenzorientierte Therapie und damit eine Chance in Freiheit und Selbstbestimmung leben zu können.

Gesunde, junge Menschen brauchen zu ihrem Schutz Grenzen und Verbote sowie Unterstützung bei ihren Unternehmungen und beim Aufbau des Selbstvertrauens und Selbstbewusstseins.